

Schreiben des britischen Chef-Unterhändlers in den Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU, David Frost, an den Leiter der UK Task Force der EU-Kommission, Michel Barnier

19. Mai 2020

Übersetzung

RECHTSTEXTENTWÜRFE DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

Lieber Michel,

wie ich während der letzten Verhandlungsrunde am 15. Mai bereits angedeutet hatte, hat die Regierung beschlossen, die verschiedenen Rechtstextentwürfe, die wir Ihnen in den vergangenen Wochen zugesandt hatten, zu veröffentlichen. Sie sind abrufbar unter

<https://www.gov.uk/government/publications/our-approach-to-the-future-relationship-with-the-eu>

und Sie können sie und diesen Brief jetzt natürlich direkt mit den Mitgliedstaaten teilen.

Wir veröffentlichen diese Texte als konstruktiven Beitrag zu den Verhandlungen, und insbesondere nachdem Sie in den letzten beiden Runden gesagt hatten, dass es Ihnen helfen würde, den Mitgliedstaaten unsere Vorschläge ausführlicher zu erklären. Wir möchten klarstellen, dass wir nicht versuchen, direkt mit den Mitgliedstaaten zu verhandeln, und dass es Ihre Sache als Verhandlungsführer der EU sein wird, mit unterschiedlichen Sichtweisen umzugehen, die zutage treten könnten. Ich hoffe, dass die heutige Veröffentlichung der Texte diese Arbeit erleichtern und jegliche Missverständnisse über den Zweck und die Wirkung unserer Textvorlagen beseitigen wird.

Ich möchte auf drei konkrete Punkte eingehen, die in diesem Prozess hilfreich sein könnten.

Erstens haben wir immer versucht deutlich zu machen, dass unser Ziel ein Paket von Abkommen ist, dessen Kernstück ein Freihandelsabkommen bildet. Wir wollen nicht Teil des Binnenmarktes oder der Zollunion bleiben, da dies unseres Erachtens nicht im Interesse des Vereinigten Königreichs liegt. Dementsprechend stützen sich unsere Rechtstexte, wie Sie wissen, auf Vorbilder, wo es solche Vorbilder gibt (und für die Bereiche, wo es sie nicht gibt, zum Beispiel bei der Zusammenarbeit beim Straßentransport oder im Energiebereich, haben wir pragmatische Vorschläge vorgelegt). So zum Beispiel kommt unser Entwurf eines Freihandelsabkommens demjenigen sehr nahe, die die EU mit Kanada oder Japan vereinbart hat. Unser Entwurf eines Fischereiabkommens ähnelt sehr stark dem Abkommen zwischen der

EU und Norwegen. Unsere Vorschläge für den Luftverkehr sind denen sehr ähnlich, die die EU mit anderen Drittländern geschlossen hat. Unser Entwurf eines Abkommens über die zivile nukleare Zusammenarbeit kommt ähnlichen Kooperationsabkommen zwischen Euratom (und auch dem Vereinigten Königreich) und anderen Drittstaaten sehr nahe. Und so weiter.

Insofern verblüfft es uns, dass die EU nicht etwa versucht, sich mit einem engen Wirtschaftspartner schnell auf ein hochwertiges Paket von Abkommen zu einigen, sondern vielmehr als Voraussetzung für eine Einigung zwischen uns auf zusätzlichen, unausgewogenen und beispiellosen Bestimmungen in verschiedenen Bereichen besteht.

Zweitens finden wir es erstaunlich, dass die EU nicht nur auf zusätzlichen Bestimmungen besteht, sondern noch nicht einmal bereit ist, in früheren Freihandelsabkommen enthaltene Bestimmungen zu replizieren. So beinhalten Ihre Vorschläge beispielsweise keine Bestimmungen zur gegenseitigen Anerkennung von Konformitätsbewertungen (wie sie die EU mit Kanada, Australien, Neuseeland und den USA vereinbart bzw. ihnen vorgeschlagen hat); keine sektorspezifischen Bestimmungen für Schlüsselindustrien mit besonderen technischen Hindernissen wie Kraftfahrzeuge, Arzneimittel und organische und chemische Produkte (wie sie teilweise auch mit Kanada, Südkorea, Chile und den USA vereinbart bzw. ihnen vorgeschlagen wurden); und keinen Äquivalenzmechanismus für gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen (wie mit Kanada, Japan, Neuseeland, Australien, Mexiko und Mercosur vereinbart bzw. vorgeschlagen).

Im Dienstleistungsbereich stemmt sich die EU gegen die Aufnahme von Bestimmungen über die Zusammenarbeit bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen, obwohl sie solche Bestimmungen in ihrem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan vereinbart hat. Das Angebot der EU bezüglich der Aufenthaltsdauer von kurzfristigen Geschäftsreisen (Modus 4) ist weniger großzügig als im CETA, und es enthält auch nicht die Verpflichtung zur Nichtdiskriminierung, die im Abkommen zwischen der EU und Mexiko verankert ist. Die EU hat auch nichts zu Dienstleistungen vorgeschlagen, was der Besonderheit unserer Beziehung Rechnung tragen würde: Ihr Team hat uns tatsächlich gesagt, dass das Marktzugangsangebot der EU für Dienstleistungen hinter dem zurückbleiben könnte, das die EU für Australien und Neuseeland vorgelegt hat.

Insgesamt ist es uns schwer begreiflich, warum das Vereinigte Königreich, als Einziger unter Ihren Handelspartnern, so unwürdig sein sollte, dass man ihm keine solchen mit guten Beispielen dokumentierten Regelungen anbietet, wie sie in modernen Freihandelsabkommen üblich sind.

Drittens, zum Thema „gleiche Ausgangsbedingungen“. Wir haben uns in der Politischen Erklärung in gutem Glauben auf eine Reihe von Verpflichtungen hierzu geeinigt. Auch wenn immer wieder behauptet wird, wir seien nicht bereit, diese Verpflichtungen einzulösen, enthält unser Text, wie Sie wissen, eine Reihe von Vorschlägen, die (wie es in der Politischen Erklärung heißt) speziell darauf abzielen, „Beeinträchtigungen des Handels und unfaire Wettbewerbsvorteile zu verhindern“.

Unsere Vorschläge sind eng an ähnliche Vereinbarungen angelehnt, die die EU mit ähnlichen Ländern getroffen hat, insbesondere im Freihandelsabkommen mit Kanada. Kommissar Hogan bezeichnete die für Kanada vorgesehenen Bestimmungen im März als „solide und in einem weitreichenden Netz von zugrundeliegenden internationalen Konventionen und Abkommen verankert“, und dies ist zweifellos der Grund, warum die EU in diesen und anderen Abkommen einen beinahe zoll- und kontingentfreien Zugang für möglich hielt (einige davon beseitigen die Zölle für über 99% der Zolllinien), ohne es für nötig zu befinden, über solche Standardregelungen für „gleiche Wettbewerbsbedingungen“ hinauszugehen.

Jetzt fordert die EU von Großbritannien viel weitreichendere Verpflichtungen. Ihr Text enthält neuartige, unausgewogene Vorschläge, die unser Land an EU-Recht oder Standards binden würden, und die uns Institutionen vorschreiben würden, die wir schaffen müssten, um diese Bestimmungen zu erfüllen. Um ein besonders ungeheuerliches Beispiel zu nennen: Ihr Text würde von Großbritannien verlangen, dass es einfach die EU-Beihilferegeln akzeptiert; er würde der EU, und nur der EU, die Möglichkeit geben, bei Verstößen gegen diese Regeln den Handel mit dem Vereinigten Königreich mit Zöllen zu belegen; und er würde von uns verlangen, einen Durchsetzungsmechanismus zu akzeptieren, der dem Europäischen Gerichtshof eine besondere Rolle zuweisen würde. Sie müssen einsehen, dass dies einfach keine Bestimmung ist, die ein demokratisches Land akzeptieren kann, denn es würde bedeuten, dass das britische Volk nicht in der Lage wäre, in seinem Parlament Gesetze zur Förderung seiner eigenen Industrie zu beschließen. Ähnliche Probleme zeigen sich in den Bereichen Arbeit, Umwelt, Klimaschutz und Steuern. Wir haben deutlich gemacht, dass das Vereinigte Königreich hohe Standards vorgeben wird, in vielen Fällen höhere als in der EU. Was wir aber nicht akzeptieren können, ist eine Angleichung an die EU-Vorschriften, das Auftauchen von EU-Rechtskonzepten, oder Verpflichtungen bezüglich der internen Kontrolle und Durchsetzung, die für ein Freihandelsabkommen nicht angemessen sind.

Zur Rechtfertigung ihrer Vorschläge hat die EU verschiedene Argumente geltend gemacht:

- Sie behaupten, uns werde eine zukünftige Beziehung von beispielloser Tiefe angeboten. Wie bereits dargelegt, ist dies nach allem, was wir wissen, nicht offenkundig. Wir haben jedoch auch gesagt, dass wir, wenn es die gegenseitige Verpflichtung zu Zollfreiheit ist, die solche Bestimmungen in Ihren Augen notwendig macht, auch bereit wären, über eine Beziehung zu sprechen, die – wie andere Freihandelsabkommen – weniger beinhalten würde als das. Sie haben gesagt, dass Sie zu solchen Gesprächen nicht bereit sind.
- Sie behaupten, der Grad der wirtschaftlichen Integration zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU rechtfertige solche Bestimmungen. Tatsächlich ist das Vereinigte Königreich, gemessen am Anteil unserer Wirtschaft, schon jetzt im Handel mit der EU weniger integriert als die Schweiz, Norwegen oder die Ukraine. Alternativ rechtfertigen Sie dies mit dem Verweis auf Handelsströme: In den TTIP-Verhandlungen hat die EU

allerdings nicht darauf bestanden, dass die USA Verpflichtungen zu „gleichen Ausgangsbedingungen“ eingehen sollte, die über die für ein Freihandelsabkommen typischen Verpflichtungen hinausgehen, obwohl die Handelsströme zwischen USA bzw. Großbritannien und der EU in etwa vergleichbar sind.

- Sie behaupten, die Bestimmungen seien aufgrund der „Nähe“ erforderlich. Dies ist ein völlig neues Argument in Handelsvereinbarungen, und es lässt sich nur schwer durch Beispiele belegen. Der Handel zwischen den USA und Kanada beispielsweise erfolgt im Rahmen eines Handelsabkommens ohne Bestimmungen, wie sie sich die EU vorstellt. Dieses Argument der Nähe bedeutet praktisch, dass allein aus geographischen Gründen kein Land in Europa eine Chance hätte, seine Regeln selbst festzulegen, und sich den EU-Normen beugen müsste. Das ist kein Argument, das im 21. Jahrhundert in irgendeiner Weise akzeptiert werden kann.

Ich könnte ähnliche Bedenken zur Haltung der EU in anderen Bereichen anführen:

- in der Fischerei, wo die von der EU vertretene Position, dass der Zugang zu unseren Gewässern nach Ende dieses Jahres der gleiche sein sollte wie jetzt, eindeutig nicht realistisch ist;
- bei den Governance-Vereinbarungen, wo Sie eine Struktur vorschlagen, die es in anderen Abkommen der EU mit Drittländern – außer denen, die der EU beitreten wollen – nicht gibt;
- bei der Strafverfolgung, wo Ihre Vorschläge angeblich eine beispiellos enge Beziehung vorsehen, obwohl sie in Wirklichkeit nicht über die Abkommen hinausgehen, die Sie mit anderen Drittländern geschlossen haben, die der EU großenteils weit weniger Daten zur Verfügung stellen können und weniger eng in die gemeinsame Verbrechensbekämpfung eingebunden sind. Wir sind nicht der Meinung, dass allein die Tatsache, dass eine Reihe von standardmäßigen Vereinbarungen in ein eigenes Abkommen aufgenommen werden soll, die außergewöhnlichen und intrusiven Schutzmaßnahmen rechtfertigt, die Sie in diesem Bereich anstreben.

Insgesamt gesehen ist das Angebot, das zu diesem Zeitpunkt der Verhandlungen auf dem Tisch liegt, keine faire Handelsbeziehung zwischen engen Wirtschaftspartnern, sondern ein Handelsabkommen von relativ geringer Qualität, das mit einer beispiellosen EU-Aufsicht über unsere Gesetze und Institutionen verbunden ist.

Das muss nicht so sein. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass es ganz einfach für uns wäre, uns auf ein modernes und qualitativ hochwertiges Freihandelsabkommen und andere separate Abkommen zu verständigen, wie Sie sie mit anderen engen Partnern auf der ganzen Welt vereinbart haben, und dass wir das schnell tun könnten. Ich hoffe, dass die EU in den kommenden Wochen ihre Vorschläge

überdenken wird, damit wir schnell und konstruktiv einen alternativen Weg nach vorn finden können.

Kopien dieses Schreibens schicke ich an Jeppe Tranholm-Mikkelsen, den Generalsekretär des Rates, und David McAllister beim Europäischen Parlament.

Mit freundlichen Grüßen

David Frost

DAVID FROST

Sherpa und EU-Berater